



## **Antrag**

der Fraktion der SPD

### **Vollständigen Aufbau der 2. Einsatzhundertschaft bis 2027 sicherstellen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Personalsituation bei der Landespolizei trotz des Personalaufbaus der vergangenen Jahre weiter angespannt ist und für die Beschäftigten in vielen Bereichen eine große Belastung darstellt.

Eine besondere Belastung entsteht durch die hohe Beanspruchung der Einzeldiensthundertschaften und der 1. Einsatzhundertschaft. Zur Entlastung ist der zügige und vollständige Aufbau der von der Landesregierung bis zum Ende der Legislaturperiode angekündigten 2. Einsatzhundertschaft unverzichtbar.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Haushaltsentwurf sicherzustellen, dass ausreichend Stellen berücksichtigt werden, um den vollständigen Aufbau einer 2. Einsatzhundertschaft mit hohem Einsatzwert bis zum Ende der Legislaturperiode sicherzustellen. Dieser Aufbau ist durch zusätzliche Stellen für die Landespolizei sicherzustellen.

### **Begründung:**

Die Beschäftigten der Landespolizei haben im Mittel der vergangenen Jahre einen Überstundenstand von rund 500.000 Stunden angesammelt. Einer der Gründe dafür ist die regelmäßige und umfangreiche Bindung von Polizistinnen und Polizisten im Rahmen der „Nordlicht“-Einzeldiensthundertschaften. Neben der Überstundenbelastung ist der Einsatz im Rahmen der Einzeldiensthundertschaften auch für die Aufstellung und Verlässlichkeit der Dienstpläne der eingesetzten Beamtinnen und Beamten eine große Herausforderung. Durch den vollständigen und zeitnahen Aufbau der 2. Einsatzhundertschaft würde absehbar eine Entlastung der Einzeldiensthundertschaften sowie der 1. Einsatzhundertschaft stattfinden. Im Ländervergleich ist Schleswig-Holstein derzeit mit nur einer Einsatzhundertschaft auffallend schwach aufgestellt.

Die im Koalitionsvertrag der Regierungsfractionen vereinbarte und von der Landesregierung angekündigte und operativ vorbereitete Einrichtung einer 2. Einsatzhundertschaft war auch ein Signal an die Beschäftigten der Landespolizei, dass die Ursache für zahlreiche Überstunden, Urlaubssperren und Dienste zu ungünstigen Zeiten mittelfristig beseitigt werden wird. Der Verzicht auf diese Maßnahme hätte über die polizeifachlichen Auswirkungen hinaus auch Folgen für das Vertrauen der Polizeibeamtinnen und -Beamten in die Verlässlichkeit ihres Dienstherrn.

Der Aufbau der 2. Einsatzhundertschaft begann 2021 durch die Einstellung zusätzlicher Anwärter\*innen. Aus diesen konnte zum 1. August 2023 ein erster Einsatzzug gebildet werden, der zunächst an die erste 1. Einsatzhundertschaft angegliedert ist. In 2022 wurden 25 zusätzliche Anwärter\*innen berücksichtigt, in 2023 40. Damit sind derzeit 90 Stellen für die 2. Einsatzhundertschaft vorgesehen, von denen bislang 25 tatsächlich besetzt sind. Mit Blick auf die vergangenen Jahre ist zudem von einer deutlich erhöhten Ausfallquote in Ausbildung und Studium auszugehen.

Um sicherzustellen, dass die 2. Einsatzhundertschaft bis zum Ende der Legislaturperiode vollständig durch zusätzliches Personal aufgestellt werden kann, müssen unter Berücksichtigung der Ausbildungszeiten im kommenden Stellenplan erneut mindestens 40 zusätzliche Stellen vorgesehen werden.

Niclas Dürbrook  
und Fraktion